

Medienmitteilung der Neuen PdA vom 27. August 2008

Die Mitgliederversammlung der Neuen PdA hat gestern einstimmig und ohne Gegenstimme beschlossen:

1. Ja zur Änderung des Sozialhilfegesetzes

Die Eingliederung der Sozialhilfe Basel in die kantonale Verwaltung erachten wir als sinnvoll, weil die verschiedensten Fachstellen unter einer Führung zusammengefasst werden. Insbesondere den Betroffenen kann dadurch, das ist zumindest das Versprechen, der entwürdigende Ämtermarathon erspart bleiben. Wir begrüßen auch die materielle und vertragliche Gleichstellung der SachbearbeiterInnen mit jenen des Kantons, die sich durch die Änderung des Anstellungsverhältnisses ergeben werden.

2. Ja zur Mietwohnschutz-Initiative des Mieterinnen - und Mieterverbandes Basel

Neben der Verbesserung der Rechte der MieterInnen und einem Ja zu einer bescheidenen Missbrauchskontrolle geht es vor allem darum, der Immobilienspekulation nicht weiter Tür und Tor zu öffnen. Das erklärte Ziel der Wohnungspolitik der rot-grünen Regierung, reiche Steuerzahler anzulocken, hat bereits zu unnötigen Wohnsanierungen geführt und notwendige Sanierungen zu eigentlichen "Mietzinssanierungen" umfunktioniert. Mit der Rücknahme des vom Volk erkämpften Rechts in den 70er und 80er Jahren, sich gegen ungerechtfertigte Abbrüche wehren zu können, wird die letzte Leitplanke für eine sozialpolitische Wohnungspolitik beseitigt und das Diktat der Immobilienspekulanten und der Chemie- und Bankenkonglomerate durchgesetzt.